

17. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 16

des Abgeordneten Thomas Birk (GRÜNE)

aus der 31. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. Mai 2013 und **Antwort**

Wie verhält sich der Senat zum drohenden Antihomosexuellengesetz in Russland?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

1. Wird der Senat dem Beispiel anderer deutscher Städte folgen und diplomatische Mittel ergreifen, um den politisch Verantwortlichen insbesondere in der Partnerstadt Moskau zu verdeutlichen, dass das in der Duma zur Schlussabstimmung stehende Antihomosexualitätsgesetz, womit Aufklärung und Äußerungen über Homo-, Bi- oder Transsexualität unter Strafe gestellt werden sollen, gegen die Menschenrechte und die demokratischen Grundrechte verstößt?

Zu 1.: Bei dem angesprochenen Gesetzentwurf handelt es sich um ein russisches Bundesgesetz. Nach Artikel 32 GG ist Außenpolitik allein Sache des Bundes. Formelle diplomatische Initiativen sind demnach Sache der Bundesregierung.

Es ist erklärtes Ziel des Senats, die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bi- und Intersexuellen und Trans-Menschen weiter voranzutreiben und Homo- und Transphobie aktiv zu bekämpfen. Der Senat sieht in dem Gesetzentwurf eine offene Diskriminierung von Minderheiten. Der Regierende Bürgermeister hat sich bereits nach der ersten Lesung des Gesetzes entsprechend öffentlich geäußert (www.tagesspiegel.de/weltspiegel/offene-diskriminierung-wowereit-empoert-ueber-russisches-antischwulengesetz/7692434.html).

2. Welche Auswirkungen hätte ein solches Gesetz aus Sicht des Senats auf die bilateralen Beziehungen und den Austausch zwischen Berlin und der Partnerstadt Moskau bzw. anderen russischen Städten?

Zu 2.: Sollte das Gesetz in dieser Form verabschiedet werden, wäre das ein Rückschritt für die bilateralen Beziehungen zwischen den Partnerstädten Moskau und Berlin. Der Regierende Bürgermeister hatte sich bereits anlässlich früherer Aktivitäten seines ehemaligen Moskauer Amtskollegen im Zusammenhang mit der Gay Parade klar und eindeutig gegen jede Form von Diskriminierung ausgesprochen. Diese Haltung werden der Regierende Bürgermeister und die anderen Senatsvertreter auch weiterhin offensiv vertreten.

Berlin, den 25. Mai 2013

Klaus Wowereit
Regierender Bürgermeister

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Mai 2013)